

## "Wir wollen keine Festung Europa"

01.05.2005 / POLITIK / MANTEL

**Frankfurt Oder/Breslau. Autodiebe, Zigarettenschmuggler und Schleuser, die sich wie ein Heuschreckenschwarm über Deutschland breit machen - so sah die Zukunftsvision derjenigen aus, die ihre Ängste vor der EU-Osterweiterung mit den eigenen Vorbehalten befeuerten. Fakt ist jedoch laut Peter Hansen, Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost in Berlin: "Der befürchtete Sicherheitseinbruch ist ausgeblieben."**

Zwar ist die Zahl der Lkw, die in die eine oder andere Richtung die Grenze passieren seit dem 1. Mai letzten Jahres um 100 Prozent angestiegen, und auch der Strom der Reisenden wuchs um ein Viertel, seit die regelmäßigen Zollkontrollen aufgehoben wurden. Doch diese Zahlen, so Hansen, seien kein Grund zur Sorge - sondern zur Freude. "Deutschland profitiert vom offenen Einkaufstourismus. Polen lassen mehr Geld in Deutschland, als die Deutschen Geld in Polen lassen."

Der Beitritt habe außerdem bis dahin nicht vorstellbare Formen der grenzüberschreitenden polizeilichen Kooperation ermöglicht. So seien über 12 000 Streifen des BGS und des polnischen Grenzschutzes gemeinsam bei Autostreifen, Überwachungsflügen und Fußstreifen im Einsatz gewesen.

Der Vorteil für die Reisenden: Sie werden nicht mehr zeitaufwändig bei Aus- und Einreise kontrolliert, sondern müssen sich nur noch einmal ausweisen. Der Vorteil für die Grenzschützer: Gefälschte polnische Papiere erkennt ein polnischer Beamter im Normalfall besser und schneller als sein deutscher Kollege. Und umgekehrt.

"Deshalb kontrollieren die Beamten stets jeweils die Einreisenden ihres Heimatlandes", erklärt Grenzschutzamtsleiter Peter Holzem.

Verständigungsschwierigkeiten gebe es kaum und die wichtigsten Vokabeln und Sätze wie "Schleusungen" oder "Sicherst du mich?" können in einem eigens aufgelegten Lexikon nachgeschlagen werden.

Trotz der "engen Zusammenarbeit", die auch Robert Grochal, der stellvertretende Hauptkommandant der polnischen Polizei, unermüdlich hervorhebt, trotz der gemeinsamen Streifen, der vielen Arbeitstreffen, der gemeinsamen Planungsgruppen und Manöver, gibt es Sicherheitslücken.

### **Unerlaubte Einreise: 40 % mehr Ukrainer**

Im Vergleich von 2003 zu 2004 ist eine Zunahme der unerlaubten Einreise von ukrainischen Staatsangehörigen an der deutsch-polnischen Grenze um knapp 40 Prozent registriert worden. Auch der Migrationsdruck russischer Staatsangehöriger tschetschenischer Herkunft stieg deutlich an.

Die erhöhte Aufgriffszahl bei den Schleusern und Geschleusten mit einem Anstieg von 236 auf 400 Schleusern und von 1061 auf 1426 Geschleusten ist für Hansen keine unmittelbare Auswirkung der Erweiterung: "Vielmehr verfestigen sie den Gesamttrend der letzten Jahre und sind weitestgehend auf eine zunehmende Professionalisierung der Schleuserorganisationen zurückzuführen."

Wirkliche Schwierigkeiten bereitet den Beamten mitunter der Einfallsreichtum der Schleuser. Holzem: "Wir haben kürzlich drei Ukrainerinnen gefunden, die übereinander unter der Motorhaube eines Pkw lagen. Ein Hilfsmotor war unter das Auto geschraubt. Normalerweise konzentrieren sich unsere Kontrollen nämlich natürlich auf Kofferraum und den Innenraum." Sogar in Särgen seien schon Menschen geschmuggelt worden.

Die Schleuserorganisationen, die vornehmlich in Berlin und Warschau ansässig sind, spezialisieren sich zunehmend. Holzem: "Es gibt die, die sich nur um Schleusungen über die grüne Grenze bei Nacht kümmern, die, die sich auf Lkw-Schleusungen konzentrieren und Spezialisten für Urkundenfälschungen." Während ein Ukrainer für eine Schleusung etwa 2000 Euro bezahlt, müssen Chinesen 20 000 Dollar hinblättern - praktischerweise bieten die Schleuserorganisationen gleich den Kredit mit an. Holzem: "Man bekommt die Grenze nicht hundertprozentig dicht. Das ist auch nicht gewollt, wir wollen doch keine Festung Europa."

### **Grenzschützer sieht Sicherheitsgewinn**

Ein sicheres Europa schon. Doch das ist laut Hansen schon erreicht: "Trotz einzelner Negativerscheinungen hat die Erweiterung einen merklichen Sicherheitsgewinn gebracht." Merklich für Bundeskriminalamt, für Zoll und Bundesgrenzschutz. Nicht aber für viele deutsche Bürger, die noch immer an ihren Vorbehalten von polnischen Dieben, Schiebern und Schleusern festhalten. Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, mahnt deshalb: "Wir müssen aufpassen, dass Europa nicht nur als ein Europa der Wirtschaft wahrgenommen wird. Denn vor allem ist es ein Europa der Menschen, die hier leben. Die müssen gegenseitig mehr Vertrauen zueinander gewinnen."

Von Melanie Pothmann